

Stellungnahme

des Paritätischen Wohlfahrtsverbands - Kreisverband Göttingen zur Entscheidung über einen „Zukunftsvertrag“ zwischen der Stadt Göttingen und dem Land Niedersachsen

Der Paritätische Wohlfahrtsverband, Kreisverband Göttingen, lehnt den sog. Zukunftsvertrag zwischen der Stadt Göttingen und dem Land Niedersachsen ab.

Damit folgt der Paritätische Göttingen konsequent den kritischen Positionen seines Gesamtverbandes und seines Landesverbands sowie der Debatte seiner Mitgliedsorganisationen und seines Beirats in diversen eigenen und im Rahmen des Bündnisses LEBENSWERTES GÖTTINGEN dargestellten Bewertung der Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrisen, die nicht auf den Rücken der Schwächsten abgewälzt werden dürfen: Nicht die Kommunen, nicht das Soziale, nicht die „Ärmsten“ sind Verursacher der Krisen und ihrer Folgen, sie dürfen deshalb auch nicht für die immensen Schulden, Bürgschaften und Rettungsschirme haften, die die Finanzjongleure der internationalen Banken, der Börsen und der Hedgefonds verursacht haben.

i WUSSTEN SIE EIGENTLICH,

dass nach mehreren Gesprächen, Veranstaltungen und Aktionen des Bündnisses LEBENSWERTES GÖTTINGEN, in dem der Paritätische neben anderen Sozial-, Kultur-, Umwelt- u.a. Initiativen engagiert ist, SPD und GRÜNE in genau unserem Sinne am **10. Okt 2010 eine Resolution im Rat der Stadt** vorgelegt und als **Ratsbeschluss** durchgesetzt haben, in der es heißt:

„Göttingen befindet sich – wie andere Kommunen – in einer finanziellen Abwärtsspirale, die ihre wesentliche Ursache in einer strukturellen Unterfinanzierung hat und durch Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung nicht aufgefangen werden kann....“

Wenn die Bundesregierung die Kommunen weiterhin herunterwirtschaftet, zwingt sie den Rat, die Stadt kaputt zu sparen und nimmt der kommunalen Selbstverwaltung ihre Existenzgrundlage!

In Übereinstimmung mit den Forderungen des Deutschen Städtetags auf der Grundlage des Gemeindefinanzberichtes 2010 fordert der Rat der Stadt die Bundes- und Landesregierung insbesondere auf, - die Steuersenkungen der letzten Jahre zu Lasten unserer Kommune durch eine gerechte Besteuerung von Einkommen und Vermögen zu kompensieren,...“

Es folgt eine Reihe mehr oder weniger triftiger Vorschläge zur Erhöhung der Steuereinnahmen. Und als Schluss heißt es wiederum ganz richtig:

„Der Rat der Stadt stellt diese Forderungen zu einer auskömmlichen Finanzausstattung auch im Namen der vielen Organisationen und Einrichtungen, die für das soziale und kulturelle Leben in Göttingen einen wichtigen Beitrag leisten und deren Existenz durch die strukturelle Unterfinanzierung der Stadt bedroht ist.“

Danach wird dann die – vom Paritätischen auf Bundes-, Landes- und Ortsebene geteilte - Einsicht formuliert:

„Geld zur Stärkung der Kommunen fehlt in unserer Gesellschaft nur deshalb, weil dem Staat der Mut und Wille fehlt, Vermögende stärker in die Verantwortung zu nehmen.“

Heute, nach der Kommunalwahl und der Konstituierung des neuen Stadtrats erleben wir die Kehrtwende unter dem Titel: „Göttingen entscheidet sich: „Heute den Haushalt aufräumen, schafft Spielraum für morgen!“ ?

Keine Rede mehr von den Ursachen, von der Notwendigkeit, die Rahmenbedingungen zu ändern, von den berechtigten Forderungen nach Gerechtigkeit, die an Land und Bund zu richten wären!

i WUSSTEN SIE EIGENTLICH,

dass die Gerechtigkeitslücke noch nicht geschlossen ist ? Solange auf 100e Mrd. Steuereinnahmen aus Vermögen, Börsenspekulation mit Leeraktien oder auf Verluste, Hedgefonds-Übergriffen etc. europaweit verzichtet wird, zugleich aber „unser aller Steuern“ zur Absicherung oder zum Ausgleich der Verluste privater Banken in ähnlicher Höhe zur Verfügung gestellt werden, gibt es keinen Grund, nicht auch ein echtes Entschuldungspaket, das den Namen verdient, für die Kommunen aufzulegen: **die „Schulden“ der Kommunen betragen insgesamt 48 Mrd., das wäre nicht einmal so viel, wie bei der Hypo-Real vor einigen Monaten „übersehen“ worden waren ...**

i WUSSTEN SIE EIGENTLICH,

dass die von der Verwaltung und in den Medien kommunizierte Botschaft, dass „Aufräumen Spielräume schaffen“ falsch ist?

Nicht nur akut müssen Millionen eingespart werden, sondern weder in den Folgejahren des Vertrages, der über 10 Jahre laufen soll, noch in den Jahren danach wird – bei gleichbleibender Finanzierung der Kommunen – je mehr Geld im „Stadsäckel“ vorhanden sein.

i WUSSTEN SIE EIGENTLICH,

dass die jetzt vorgelegte Liste der Streichungen und Einnahmeerhöhungen **konjunkturelle Schwankungen**, die in den nächsten 10 Jahren mit Sicherheit zu erwarten sind, vollkommen **ausblendet**, so dass sich die „Liste der Grausamkeiten“ in den nächsten Jahren um Erhebliches erweitern wird ?

i WUSSTEN SIE EIGENTLICH,

dass nicht nur die Streichungen und Kürzungen, sondern auch die Einnahmeerhöhungen – kurz gesagt – in allen Punkten darauf hinauslaufen werden, dass **die Bürgerinnen und Bürger diese bezahlen müssen** (Erhöhung der Grundsteuer B = Mieterhöhungen, Dividendenerhöhung der Stadtwerke AG = höhere Gebühren etc.) ?

i WUSSTEN SIE EIGENTLICH,

dass die umfangreichen Stellenstreichungen bei der Stadtverwaltung selbst einerseits nur zur **Ausdünnung des Angebotes** für Bürgerinnen und Bürger gerade auch im Bereich Jugend, Soziales, Bildung etc. und andererseits zur **Arbeitszeitverdichtung** der verbleibenden MitarbeiterInnen führen werden, da damit nicht der Wegfall von Aufgabengebieten der Stadtverwaltung verbunden ist ?
Zugleich sollen - entgegen dem **Subsidiaritätsprinzip** – Mehrbelastungen hinzukommen, da zugleich bei der **Streichung von Zuschüssen für Beratungsstellen in freier Trägerschaft (Pro Familia, Frauen-Notruf, sonstige soziale Einrichtungen)** auf die jeweils „zuständigen Ämter“ verwiesen werden soll.

i WUSSTEN SIE EIGENTLICH,

dass die BürgerInnen Göttingens, wenn sie sich jetzt nicht wehren, einer **Wahltaktik auf den Leim** gehen werden ?
Die grundlegenden Diskussionen über den „Zukunftsvertrag“ hatten bereits vor genau einem Jahr in der Verwaltung stattgefunden. Aus wahltaktischen Gründen haben Verwaltung, SPD, GRÜNE, CDU und FDP die Debatte jedoch beendet, um das wichtigste Thema aus der Kommunalwahl im September 2011 heraus zu halten. Und nun kommt nach einem Jahr

nichts Neues auf den Tisch, die **Grundentscheidung ist offenbar längst gefallen und die „BürgerInnenbeteiligung“ ist beschränkt auf die Debatte um Einzelmaßnahmen.** Die demokratische Teilhabe ist ein offensichtlicher **Etikettenschwindel.**

i WUSSTEN SIE EIGENTLICH,

dass die Chancen des „Zukunftsvertrags“ geschönt, die Risiken aber unterschlagen werden ? Von den 12,6 (nicht 13) Mrd. € stehen laut Dr. Fuchs vom Innenministerium im „Großen Bürgerdialog“ am 22.02.2012 rund 500 Mio. € gar nicht erst zur Verfügung, weil der Fonds überwiegend kreditfinanziert ist und dieser Betrag durch Zinsen an die Banken fließt! Weitere 460 Mio. € sind bereits für andere Kommunen bewilligt worden. Somit stehen für alle folgenden Antragsteller und damit Göttingen lediglich 300 – 350 Mio. € zur Verfügung. Dass **da bei weitem nicht mehr 142,5 Mio. €**, wie die Stadtverwaltung bislang rechnet, ausgeschüttet werden können, sondern **vielleicht die Hälfte** davon, wird bereits als bekannt vorausgesetzt, aber nicht öffentlich gesagt. Daraus folgt: es ist schon heute eine Tatsache, dass die Vorschläge für einen sich deckenden Haushalt bei weitem nicht ausreichen, **voraussichtlich also etwa doppelt so hohe Einnahmeverbesserungen bzw. Einsparungen** erforderlich wären, als bisher angegeben.

i WUSSTEN SIE EIGENTLICH,

dass die angebliche „Ausgewogenheit“ der Verwaltungsvorschläge über eine bekannte Schiefelage hinwegtäuscht: auch in Göttingen sollen „die Kleinen“ zahlen, um „die Großen“ zu schonen !
Auf den ersten Blick scheinen alle gesellschaftlichen Bereiche von Einnahmeverbesserungen für die Kommune und Einsparungen der Stadt gleich betroffen zu sein. Wie aber passt es, dass die Wirtschaft bis 2016 gar nicht und danach nur dann, wenn die Konjunktur schlechter verläuft als erwartet, mit heran gezogen wird?
Die **Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes ab 2016, wenn sie überhaupt kommt, soll nur 0,5 %** (von 430 auf 450 Punkte) betragen. Aber allein das würde die Einnahmen der Stadt Göttingen schon um 2,3 Mio. jährlich erhöhen (siehe Verwaltungsvorschlag V009)! Es wäre also ohne weiteres möglich gewesen, auch einen Verwaltungs-vorschlag vorzulegen, in dem die Gewerbesteuer z.B. ab 2013 um 2 % erhöht würde; allein dadurch wäre das „strukturelle Defizit“ weitgehend abzubauen.

Dagegen zeigt die jetzige Vorlage, dass die Verwaltung – und die Mehrheit der politischen Parteien im Rat der Stadt – offensichtlich lieber andere gesellschaftliche Gruppen belastet. **Die alleinerziehende und – verdienende – Mutter mit 2 Kindern** zum Beispiel, die von vielen der Maßnahmen indirekt und direkt betroffen sein würde: Durch Grundsteuererhöhung, die auf ihre Miete umgelegt wird, steigende Buspreise und Parkgebühren, der Hund kostet dann mehr Steuern, die Kosten für die Schulkinder stiegen

bei gleichzeitig weniger Angeboten an Freizeit, Spiel, Sport und Kultur, die Beratungsstellen werden weniger verfügbare Beratungsstunden haben oder aufgrund des Wegfalls der gesamten städtischen Zuschüsse auch keine Landesmittel mehr bekommen und deshalb gleich schließen müssen ...

Nicht die Frage des Notwendigen wird gestellt, sondern die Frage des Möglichen; hier wird Sozialpolitik nach Kassenlage exekutiert.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband in Göttingen wird weiter im **Bündnis LEBENSWERTES GÖTTINGEN** mitarbeiten, um möglichst vielen BürgerInnen die Augen für die Mogelpackung „Zukunftsvertrag“ zu öffnen und ruft seine Mitgliedsorganisationen auf, sich entsprechend zu informieren und zu positionieren und ggf. auch gegenüber dem Rat, der Verwaltung und der Öffentlichkeit Stellung zu beziehen!

gez. **Gunnar Siebecke**
Beiratsvorsitzender

gez. **Manfred Grönig**
Geschäftsführer